

UNIVERSITÄTSZEITUNG



ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG

DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

12. JUNI 1962

6. JAHRGANG NR. 22

LEIPZIG, 1. JUNI 1962

PREIS 15 PF

Leipziger Studentensommer 1962 (Seite 6) Den echten Meinungsstreit entwickeln (Seite 8)

Delegierter zum Nationalkongreß

Prof. Dr. Budzislawski: Geistige Heimat der Intelligenz



Als ich zur Schule ging, wurde mir die Geschichte unseres Volkes als eine Aufeinanderfolge von Kriegen dargestellt, und die militärischen Eroberungen, die Unterwerfung anderer Völker galten als die historischen Hauptpunkte. Die Verherrlichung der schlechten Traditionen hat damals viele gute Angehörige der Intelligenz zur Abkehr von der Nation veranlaßt und sie einem Kosmopolitismus zugeführt, durch den sie sich von den Herrschenden und ihrer imperialistischen Aggressivität abgrenzen wollten, der aber auch eine Kluft zwischen den Volksmassen und jenen zahlreichen Intellektuellen schuf, die sich immer resignierter in den Tiefen ihrer Facharbeit zurückzogen. Die Volksmassen können sich jedoch von der Nation, die sie darstellen, nicht zurückziehen, sie können diese Nation nur von ihren schlechten Bestandteilen reinigen. Dazu verhalf und verhilft ihnen der Marxismus der Arbeiterklasse, der alle positiven Werte unserer Geschichte, alle guten Traditionen in sich aufnimmt und so die Grundlage für ein Nationalbewußtsein geschaffen hat, das die abtrünnig gewordenen, in das Weltbürgertum geflüchteten Intellektuellen ihrem Volk zurückeroberbar hat.

Das nationale Dokument gibt unserer Intelligenz die geistige Heimat zurück, die ihr in den schrecklichen Jahren des Faschismus zerstört worden ist. Es stellt die Verbundenheit aller guten Deutschen her, die voll stolz auf unser großes Erbe, gemeinsam die Aufgabe unserer Zeit bewältigen und den Sozialismus aufbauen. So mobilisiert dieses Dokument die Kräfte unserer Intelligenz für das ganze Volk. Der bevorstehende Nationalkongreß wird erweisen, daß unser Volk, fußend auf seinen guten Traditionen, eine moralische, politische und kulturelle Einheit bildet und daß diese Einheit stark genug ist, die schöpferischen Kräfte unseres Volkes in ganz Deutschland anzuziehen.

Gespräche über Zusammenarbeit Böhlen - Universität

Der Grundstein für eine enge Zusammenarbeit zwischen der Karl-Marx-Universität und dem größten Industriebetrieb des Bezirkes Leipzig, dem VEB Kombinat „Otto Grothewohl“ Böhlen wurde am vergangenen Freitag in einer Beratung zwischen Vertretern der Universität und des Kombinats im Böhleiner Klubhaus gelegt.

Der Delegation der Karl-Marx-Universität, die von Rektor Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer geführt wurde, gehörten u. a. die Prorektoren Prof. Dr. Neels und Prof. Dr. Mosler, ferner Prof. Dr. Wagner, Prof. Dr. Tuizke, Prof. Dr. Hüssel, Prof. Dr. Holzapfel und Prof. Dr. Hohzmüller an.

Vertreten waren auch die gesellschaftlichen Organisationen der Universität, an der Spitze die Universitätsparteileitung durch den Stellvertreter des Sekretärs, Genossen Dr. Kesselbauer sowie verschiedene Fakultäten.

Das Kombinat war durch den amtierenden Werkleiter, Genossen Gerhard Fritsch, und die führenden Funktionäre und Wissenschaftler vertreten.

In einzelnen Arbeitsgruppen wurden wertvolle Vorarbeiten für einen umfassenden Plan der Zusammenarbeit geleistet.

So wurde u. a. vorgeschlagen, daß die Parteilösungen und die Massenorganisationen sowie die staatlichen Leitungen beider Bereiche zusammenarbeiten und ihre Erfahrungen austauschen, daß die Praktika von Studenten im Betrieb verbessert werden und aus den Bedürfnissen des Kombinats Themen für Jahresarbeiten, Diplomarbeiten und Dissertationen vergeben werden.

Für die Naturwissenschaften wurde eine Reihe Themen für Forschungsvorträge vereinbart, so mit den chemischen Instituten, den physikalischen Instituten und der Landwirtschaftlichen Fakultät.

Für Juristen, Journalisten, Historiker und Philosophen wurde eine Anzahl Probleme für wissenschaftliche Untersuchungen und Aufgaben zur Unterstützung der ideologisch-politischen Arbeit genannt. Fragen der Planung der sozialistischen Leitung eines Großbetriebes, der Zeitsummennormen und der Einführung einer Lohnkalkulation u. a. sollten Gegenstand der Arbeit unserer Wirtschaftswissenschaftler sein.

Auf dem Gebiet der Kultur ist u. a. enge Zusammenarbeit zwischen unserem Volkskunstzentrum und dem Böhleiner Klubhaus vorgesehen.

Die Medizinische Fakultät wird mit der Böhleiner Betriebspoliklinik eng zusammenarbeiten.

Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer hob in einer Ansprache hervor, daß das weitere enge Zusammenwirken zwischen Universität und Kombinat zum Nutzen für unsere Volkswirtschaft und für die Erhöhung des wissenschaftlichen Potentials sei. Damit dienten wir der ökonomischen Stärkung unserer Arbeiter- und Bauern-Macht und der Festigung des Friedens. Der Rektor dankte den Böhleiner Werkleitern für ihre Initiative und gab im Namen des Akademischen Senats und aller Universitätsangehörigen die Versicherung ab, daß die Universität alles in ihren Kräften Stehende tun wird, um dem Vertrag zur echten Realität zu verhelfen. Der amtierende Werkleiter, Gerhard Fritsch, bezeichnete die Übereinkunft als Ausdruck des Wesens unserer Gesellschaftsordnung, in der alle schöpferischen Potenzen nutzbar werden. Die gegenseitige Zusammenarbeit läge ganz im Sinne des Produktionsaufgebots und sei von außerordentlichem Nutzen für beide Seiten.



Rektor Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer und der amtierende Werkleiter des Kombinats „Otto Grothewohl“ in Böhlen, Genosse Gerhard Fritsch, bei den Beratungen.

„Ich dachte an meinen Sohn Jürgen...“

Empörung über OAS-Mörder der Frontstadt

Hundertere Schreiben voller Empörung über die Schüsse der Frontstadt-OAS, die auf den jungen Grenzsoldaten Peter Göring zielte und ihn tödlich traf, erreichten uns in den letzten Tagen aus allen Bereichen der Universität von Studentengruppen, Institutskollektiven und einzelnen Personen. Zwei Beispiele mögen für alle stehen:

Erich Arnold, Elektriker in der Kinderklinik, schreibt:

„Mord! Feige Banditen der Frontstadt mordeten aus dem Hinterhalt ein junges Menschenleben. Es ist wohl nicht verwunderlich, daß meine Gedanken bei meinem Sohn Jürgen waren, als ich diese Meldung hörte. Jürgen ist in demselben Alter wie Peter; auch er leistet seine Ehrenpflicht an unserer Staatsgrenze, wie es Peter getan hat. OAS-Strolche raubten unserem Peter bei Ausübung seiner Pflicht durch wohlgezielte Schüsse sein Leben. Trotz alledem wird es dem Banditenchef Adenauer und seinen Frontstadtbossen nicht gelingen, unsere Grenzen aufzurollen. Meinem Sohn Jürgen und all seinen Genossen unserer bewaffneten Streitmacht rufe ich zu: Laßt euch nicht provozieren und seid hellwach! Vaterland, Frieden, Sozialismus - Wir siegen!“

Die Angehörigen des Instituts für Agrarökonomik, unter ihnen Prof. Dr. Winkler, erklären in einer Protestresolution:

Voll tiefer Empörung haben wir erfahren, daß an unserer Staatsgrenze in Berlin bei Ausübung des verantwortungsvollen Dienstes der Unteroffizier Peter Göring von Westberliner Polizisten ermordet und der Unteroffizier Karl Laumer schwer verletzt wurden. Die Banditen der Westberliner Polizei drangen dabei in das Gebiet unserer Republik ein.

Wir erheben den schärfsten Protest gegen diese schamlose Verbrechen und fordern die strengste Bestrafung der Mörder und ihrer Inspiratoren.

Die Schüsse in der Scharnhorststraße waren Schüsse gegen uns alle, waren Schüsse auf den Frieden. Die Westber-

liner Scharfmacher, wie Brandt, Duenning und Lipschitz, haben damit erneut den eindeutigen und unwiderlegbaren Beweis erbracht, daß sie nichts sehnlicher wünschen, als die Lage in Berlin zu verschärfen und damit die von Adenauer und Strauß befohlenen Kriegsprovokationen rücksichtslos durchzuführen.

Auf Grund dieses ungeheuren Geschehens verlangen wir erneut die schnellste Umwandlung Westberlins in eine entmilitarisierte neutrale Freie Stadt. Die friedliebende Bevölkerung Westberlins fragen wir, wie lange sie sich noch von solchen verantwortungslosen Scharfmachern regieren lassen will.

Wir werden durch unsere Arbeit und unser Auftreten alles tun, um die Republik weiter zu stärken und den Sozialismus zum Siege zu führen.

Nicht hinter den Reagenzgläsern verstecken!

Werte Kommilitonen!

Noch sind Trauer und Empörung in uns wach, da wir diesen Brief schreiben. Trauer um einen, der so jung war wie Sie und wir, Empörung über seine Mörder mit der Handschrift der OAS. Sind Sie sich bewußt, wie toternst heute in Deutschland die Lage ist? Mordkugeln, Plastikbomben,

Handgranaten als Provokation gegen die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger - wo soll das hinführen?

Die Umstände zwingen uns, Studenten in beiden deutschen Staaten, gemeinsam unsere Zukunft zu sichern. Wir hier wissen, daß Sie in der Mehrzahl von einer uns fremden Ideologie beeinflusst sind. Nicht umsonst haben unter allen philosophischen Schriften die höchsten Auflagen. Aber wir sind zutiefst davon überzeugt, daß zwischen den christlichen Studenten in der Bundesrepublik und den Plasticern an der Staatsgrenze der DDR eine tiefe Kluft ist. Von ihnen gilt es sich konsequent abzugrenzen. Wir aber müssen miteinander ins

wachsende Generation Nachkriegsdeutschlands, um nicht schuldig zu werden? Was tun wir, die studentische Jugend, um Wahrheit zu säen und geschichtliche Verantwortung zu wecken?

Wenn wir Ihnen eindringlich sagen, unsere gemeinsamen Feinde sind die „Bombenwerfer“ von damals in Gletwitz und heute in Westberlin, so stimmt das überein mit den Grundgedanken des erwähnten Dokuments. Das Gewissen der Nation war in den schwärzesten Tagen Deutschlands oft nur leise zu hören. Die Stimme der DDR, des guten Deutschlands, ist heute unüberhörbar.

„Das habe ich nicht gewollt!“, beschwichtigten viele Deutsche nach dem 8. Mai 1945 ihr Schuldgefühl, als sie mit der ganzen Brutalität des faschistischen Systems konfrontiert wurden. Diese Ausrede wird nicht mehr gelten, denn es gibt die DDR.

Es ist ein Jahr vergangen, seit Sie einen Brief - von einigen Tausend Studenten unterzeichnet - an die Bundesregierung schickten. Sie forderten darin auf, Initiative zu ergreifen für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Herr Adenauer hat Ihnen daraufhin zwar als „politisch-interessierten Bürgern“ geschmeichelt - aber am 8. Mai dieses Jahres in Westberlin die Verhandlungen der UdSSR und den USA über eine Friedensregelung verdammt. Er hat damit aber nicht nur politisches Porzellan zerbrochen, er gab den Wink zu den Mordprovokationen an unserer Schutzwall. Sollte Ihnen das nicht genug Lehre sein? Wir hatten Ihnen schon damals ein sang- und klangloses Ende Ihrer Bittschrift voraus, so drastisch konnten aber selbst wir es uns damals nicht ausmalen. Es zeigt sich: Wenn man heute eine wahrhaft friedliche, nationale Politik betreiben will, muß man die Militaristen Westdeutschlands konkret, mit Namen und Hussummern ansprechen und bekämpfen. Sie werden doch Ihrer nationalen Verantwortung nicht gerecht, wenn Sie mit Friedensaufrufen an Ost und West die notwendig zu beantwortende Frage, wer denn nun den Frieden gefährdet, umgehen.

Die Zeiten sind vorbei, da Goethe seinen Bürgern beim Osterspaziergang sagen lassen kann:

„Herr Nachbar, ja! so laß ich's auch geschehn!
Sie mögen sich die Köpfe spalten,
mag alles durcheinander gehn;
doch nur zu Hause bleib't beim alten.“
(Fortsetzung auf Seite 5)

Den nebenstehenden Brief sandten Chemiestudenten unserer Universität an den Allgemeinen Studentenausschuß der Ruprecht-Karl-Universität Heidelberg. So wie sie wenden sich in diesen Tagen vor dem Nationalkongreß zahlreiche Universitätsangehörige im Bewußtsein ihrer nationalen Verantwortung an westdeutsche Bürger. (Siehe auch Seite 5).

Gespräch kommen, wir müssen. In Ihrem noch viel mehr als in unserem Interesse.

Klapp und klar gesagt: Das Gemeinsame zwischen uns überwiegt alle Meinungsverschiedenheiten. Uns verbindet die gemeinsame Verantwortung für den Frieden, für die Ehre unserer Nation. Manche Leute tun das gern als Phrase ab - seien Sie ihnen gegenüber mißtrauisch! Ist eine richtige Erkenntnis oft gesagt, doch nicht getan, dann muß man sie immer dringlicher wiederholen.

An unserer Universität wie in der ganzen Öffentlichkeit der DDR gab es in den letzten Monaten eine außerordentlich rege politische Diskussion. Ausgangspunkt war das vom Nationalrat der Nationalen Front unterbreitete Dokument „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“. Viele Menschen - älter als wir - zogen Bilanz ihres eigenen Lebens: Die Hälfte ihrer Jahre Krieg, Inflation, Krise, Kriegsvorbereitung. Sie schauten zurück und fragten erschüttert: Wie konnte das geschehen? Sind wir mit daran schuld?

An uns ist es, die Frage zu stellen, bevor es zu spät ist. Was tun wir, die heran-

2000 DM für spanische Arbeiter

Als Ausdruck der Verbundenheit der Wissenschaftler, Arbeiter und Angestellten der Karl-Marx-Universität mit allen spanischen Antifaschisten spendete die Universitäts-Gewerkschaftsleitung aus ihrem Solidaritätsfonds 2000 DM für die streikenden spanischen Arbeiter.